

# Saale-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltzeilen oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 15 Pf. berechnet und in der Expedition, wofern Anzeigen nicht mit allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Restlosen die Zeile 60 Pf. Ercheint wöchentlich postfrei; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

**Bezugspreis**  
In Halle vierteljährlich 2 50 M., bei postlicher Bestellung 2 75 M., durch die Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Befehlgeb. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.  
Nr. 5382 des anal. Zeit.-Buz.  
Für die Redaktion verantwortlich:  
Dr. Oswald Schulze in Halle.  
[Verlags-Verbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg &c.  
Königsb.-Str. 176.]

Nr. 364.

Halle a. d. Saale, Freitag den 6. August.

1897.

## Deutsches Reich.

Ein Zuckerkrieg.

Seit Monaten verhandelt die österreichischen und ungarischen Zuckeraufbereiter untereinander wegen der Begründung eines allösterreichischen und ungarischen umfassensten Kartells. Unterliegt wurden die Verhandlungen durch das neue für beide Reichsteile geplante und demnächst zustande kommende Zuckergesetz. Nämlich sind die Verhandlungen zu Ende geführt worden, und die Fabrikanten haben einen Vertrag abgeschlossen und unterzeichnet, über welchen die „Allg. Ztg.“ folgende Mitteilungen bringt:

Das neue Gesammtkartell wird am 1. November ins Leben treten und von diesem Zeitpunkt an sollen auch die Zuckerfabrikanten an den Kartellregeln partizipieren, indem ihnen ein Minimumpreis von 15 fl. pro Meter-Ctr. Zucker gesichert wird. Dieser Zucker an die Zuckerfabrikanten wird jedoch nicht von den Zuckerfabrikanten getragen, sondern auf die Dokumente abgewälzt werden. Die Preisfestsetzung wird nicht pöflich am 1. November, sondern nach und nach durchgeführt werden, und der Nutzen aus dieser Preisfestsetzung fällt ausschließlich den Zuckerfabrikanten zu. Die zweite Hälfte des zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurde der Preis für Raffinade von 32 auf 34 1/2 fl., somit um 2 1/2 fl. pro Meter-Ctr. erhöht, während gleichzeitig der Rohzucker um einen halben Gulden zurückgegangen ist. Um die Zeit, wo mit dem Kartellvertrag begonnen wurde, dürfte etwa die Hälfte des Gesammtumsatzes in den Kontinent übergegangen sein; die zweite Hälfte des Kontingents etwa 1 1/2 Millionen Meter-Ctr. — wird erst jetzt verkauft. Wenn man den durchschnittlichen Preisausschlag nur mit einem Gulden annimmt (tatsächlich ist er viel höher), so erhält man die bedeutende Summe von 1 1/2 Mill. fl., welche den Zuckerfabrikanten gewissermaßen als Bonus aus dem Kartell in den Schoß fällt, und von welcher an die Zuckerfabrikanten nicht ein Kreuzer abgezogen wird. Welchen gewaltigen Nutzen das Zuckerkartell für die Zuckerfabrikanten ergibt, läßt sich durch die einfache Rechnung, daß der Meter-Ctr. Rohzucker 11 fl. kostet, die Raffinationskosten sich auf höchstens 3-4 fl. belaufen und die finale Steuer 18 fl. beträgt. Für die Raffinieren verbleibt beim Meter-Ctr. also ein reiner arbeitstheoretischer Nutzen von 6 bis 7 fl. pro Meter-Ctr., welcher 50 Proz. der Herstellungskosten ausmacht. Eine ähnliche glänzende Gewinnschance dürfte wohl keine andere Industrie bieten, und dieselbe ist durch das neue Kartell für 3 Jahre gesichert, da die Zuckerfabrikanten sich verpflichten, an 12 1/2 europäischen Zuckerraffinerien keine Werke zu liefern, somit die Gründung neuer Raffinerien fast unmöglich ist.

Man sieht, wie fein dieser hübsche Plan zur Ausbeutung des Publikums angeordnet ist. Charakteristisch ist, daß die Ausarbeitung des Planes vor sich gegangen ist, während dem Reichstage ein von der Regierung eingebrachter Gesetzentwurf vorlag, der die Wünsche des Kartellvereins beizugehen sollte. Die Zuckerfabrikanten haben sich um diesen Gesetzentwurf nicht gekümmert und glauben durch ihn auch nicht gestört zu werden, wenn er einmal Gesetz werden sollte. Ein großer Zuckerindustrieller hat den Kartellvertrag nicht unterzeichnet, der liberale Reichstagsabgeordnete Nussli aus Brinn. Herr Nussli kam daher im Reichstage ruhig an den Verhandlungen über das Kartellgesetz teilnehmend und als unbeeinträchtigt Sachverständiger seinen Einfluß auszuüben. Tatsächlich aber ist Herr Nussli Mitglied des Kartells; auf seine Fabrik wurde der Bestimmung des Kartells nicht ausgenommen, und er wird an dem Kartell als Mitglied teilnehmen, was er offensichtlich bei weitem freier die Kartellregeln beizugehen sollte. Die Zuckerfabrikanten werden, wie jene Urheber sich bezeichnen haben, leicht abgeben. Darauf wird der internationale Zuckermarkt einen gewissen Einfluß ausüben. Immerhin wird für die Unternehmer noch genug übrig bleiben, und das Publikum in Österreich-Ungarn wird zu Gunsten einer kleinen Anzahl reicher Fabrikanten ebenfalls geschöpft werden.

## Verwaltung und Reichsfolge.

Die Ernennung des Herrn v. Keller zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ist von der agrarischen und antiklerikalen Presse natürlich mit Jubel aufgenommen worden. Es muß aber in diesen schäumenden Wein doch etwas Wasser gegossen werden. So bezeichnet Herr v. Gerlach in der „Zeit“ diese Ernennung geradezu als „einen Schlag ins Gesicht für die gesamte Bevölkerung der Provinz Schleswig-Holstein.“ Auf Grund seiner Kenntnis des Landes, dem er zwei Jahre als Verwaltungsbeamter angehört hat, besagt er v. Gerlach:

Nicht 1000 Bewohner Schleswig-Holsteins stellen den politischen Stadtputz Köllers, und von diesen 1000 wiederum sind 700 Eingekerkert. Schon die „Preußen“ sind nicht sehr beliebt. Und nun gar die „Preußen“, die Konventionen! Gegen den Wort „Konvention“ hat eine solche Anekdote, daß selbst Franke Reaktionen sich hervorstellen, wenn die Bevölkerung ist aber durch und durch freisinnig geklärt. Der Reichspräsident spielt, abgesehen von Oberburg- und Landenburg, gar keine Rolle. In den meisten Kreisen kommt es nur bezuglich, in einigen überaus nicht vor. Der fernste Ansehenspunkt, mit der besten Achtung, wußt sich auszusprechen liberal, selbst da, wo er freisinnig-katholisch ist. Politisch liberale Gesinnung, sonst in Preußen eine Seltenheit, findet man dort häufig. Die Kreisräte, in denen dort die Bauern herrschen, scheiden jeden Zunker, den man ihnen als Landrat aufbringen möchte, aber auch jeden städtischen Beamten nach Hause. Sie wollen freisinnig reakt sein. Und das sind Bauern, die du wissen, was sie wollen, die etwas gelernt haben, die außer von der Landwirtschaft auch von Politik und Literatur etwas verstehen, mit denen man sich besser unterhalten kann als mit vielen der sog. Gelehrten. Der Geist der Freiheit, der in ihnen am höchsten ausgebildet ist, wird durch das ganze Land, die beschränkte Demokratie ausgenommen. Und diesem Lande soll jetzt ein Keller vorkommen? So, wenn es sich darum handelt, ein russisches Gouvernement oder ein türkisches Vilajet zu leiten oder einen höheren Verwaltungsoffizier in Bulgarien einzunehmen, so würde er

vielleicht etwas leisten. Aber für ein Kulturland ist doch etwas anderes der Geist in ihm, und auch ein wenig mehr von allgemeiner Bildung erwünscht.

\* Eine „zeitgemäße“ Verfügung erläßt die kaiserliche Eisenbahndirektion Berlin. Danach sollen infolge mehrfacher Beschwerden von Reisenden über unrichtig gebende Stationsnamen alle diejenigen Stationen, deren Namen nicht von einer Centralstelle aus reguliert werden, künftig die Verbesserung und richtige Einstellung ihrer Namen nach der täglichen Zeitmeldung (welche zu bestimmten Stunden telegraphisch erfolgt) bewirken. Offenlich wird diese Verfügung „pöflich“ besetzt, denn es gibt nichts Unangenehmeres für den Reisenden, als wenn er den „Zug verpaßt“, obgleich er sich noch dazu nach der „Bahnhofsbahn“ gerichtet hat.

\* Gegenüber den Mitteilungen über den bevorstehenden Eintritt des Unterstaatssekretärs Dr. Fischer und die daran getätigten Bemerkungen über die Verdon seines Nachfolgers, daß die „Deutsche Reichszeitung“ fest, daß Dr. Fischer zum Zeitlichst einen Urlaub zur Verheilung seiner Gemüthsgeistes, alle weiteren Nachrichten seien nicht als Vermuthungen. Es ergebe sich hiernach für jeden Kenner der Verhältnisse, daß erstinstigste Erörterungen über die anderweitige Beilegung der Unterstaatssekretärsstelle nicht haben stattfinden können; jedoch entsehe alles, was über die Verdon des Nachfolgers gesagt wird, der thätigen Vermuthung.

\* Zur Erhöhung der Feuericherheit der Grundbuch-Archive hat der Minister der öffentlichen Arbeiten in Einvernehmen mit dem Justizminister angeordnet, daß, ausgenommen die Gebäude mit Centralheizung, in denen der Anbruch der Grundbucharchive an die Heizung keine besonderen Bedenken veranlaßt, jede Heizung von Holzarten in den Archiven zu vermeiden ist, ja, selbst auch dann, wenn die Heizung von außen vorgeheht ist. Ebenso soll auch eine Einrichtung für die Beleuchtung vermieden werden.

## Wirtschaftspolitisch.

\* Gegenüber einer Meldung der „Allg. Ztg.“, daß Herr v. Miquel sich in Gegenwart des Kaisers vor einigen Jahren als überzeugter Anhänger der Goldwährung bekannt habe, meint die „Post“, wer sich vergewisserte, wie „realpolitisch“ Herr v. Miquel veranlagt ist, werde mit einem geringen Kopfschütteln die Wahrnehmung haben, daß er in dieser reinen Wirtschaftsprage auf einem doktrinären grundsätzlichen Standpunkt stehe und die nicht ausschließlich nach Erwägungen der Zweckmäßigkeit behandle. Sie spricht dann das Vertrauen aus, daß ein von ihrem Doktrinärismus freier Politiker, wie Herr v. Miquel, sicher zu dem Schluß gelangen werde, daß eine empirische Ordnung der Währungsverhältnisse, durch welche ein festes Verhältniß zwischen Gold und Silber hergestellt werde, unter Einfluß Englands sehr wohl denkbar sei. — „Unter Einfluß Englands!“ Da ist eben der Haken. Uebrigens muß die „Post“ anerkennen, daß es nach Erlaß der Dingley-Voll sehr fraglich sei, ob sich Deutschland über Verhandlungen über die Währungsfrage mit den Vereinigten Staaten einlassen werde. Wir glauben auch, daß der deutschen Regierung die Luft ganz vergangen sein würde, wenn sie überhaupt vorhanden gewesen ist.

\* Die Uebernahme des Heilverfahrens durch die Versicherungskassen bedarf sich offenbar. Dies kam daraus geschlossen werden, daß die einzelnen Versicherungskassen bis immer mehr Versicherter das Heilverfahren die neue Ueberfahrt über die Leistungen der Versicherungskassen haben:

Diese Versicherungskasse machte den ersten Versuch mit der Uebernahme 1854. In Frage kommen solche kontraktliche Versicherer, bei denen infolge der Entrichtung Erbschaftssteuer die Zahl der Versicherer ist, die einen Anspruch auf reichsrechtliche Invalidenrente begründet. Im ersten Jahre, 1854, übernahm die Versicherungskasse Baden die jährliche Zahl 150 Personen (94 Männer und 56 Frauen), 1855 schon für 488 Personen (330 Männer und 158 Frauen) und 1856 für 645 Personen (435 Männer und 210 Frauen). Die Gesamtzahl der Versicherungslinge betrug 1854 7804, 1855 44,243 und 1856 71,453. Unter den Versicherten waren im ersten Jahre, 1854, übernahm die Versicherungskasse Baden die jährliche Zahl 150 Personen (94 Männer und 56 Frauen), 1855 schon für 488 Personen (330 Männer und 158 Frauen) und 1856 für 645 Personen (435 Männer und 210 Frauen). Die Gesamtzahl der Versicherungslinge betrug 1854 7804, 1855 44,243 und 1856 71,453. Was der Erfolg der Uebernahme des Heilverfahrens angeht, so wird er danach bemessen, wie viele Kranke durch die Kur so gebessert wurden, daß sie nach menschlichen Ermessen auf absehbare Zeit den gesellschaftlichen Mindestverdienst erzielen können. Es wurden in diesem Grade wieder arbeitsfähig 1854 214 Männer und 6 Frauen, 1855 229 Männer und 153 Frauen und 1856 265 Männer und 143 Frauen. Diese Ergebnisse sind sehr günstig und mahnen zur Nachahmung.

In Invalidenrenten waren am 1. Juli 1897 nach dem im Reichsversicherungsamt angefertigten Zusammenfassungen 185,935 gegen 172,362 am 1. April 1897 und am Altrenten 203,699 gegen 204,198 laufend. Beitragsverhältnisse sind bis zum 30. Juni d. J. an 117,621 weibliche Versicherte und 80,560 Unterhaltene von Versicherern erfolgt.

\* Aus den durch Hugel geschickten Gebieten Württemberg wird der Marzianer des Nordens durch den Intendanten „Volk“ folgendes Stammbuchstücken gemeldet: Wo bleibt der Bund der Landwirthe mit ihrer Hilfe, die er stets und wahren vertritt, jetzt, wo die Noth an Mann geht? Der Wahlhofs des Bundes zählt nach Millionen, der Bund treibt eine wilde Jagd, und das Einflußverbot fremden Getreides, und wir müssen jetzt schon Bund und Bund Wohl kaufen. Wir wissen wohl, daß der Bund in Württemberg nicht viel Mitgliederbeträge bekommt, daß diese nicht einmal ausreichen, das Gehalt des Reichs-Postleits Körner in Stuttgart zu bezahlen, und dazu Zuschüsse von Berlin nötig sind. Wir haben nun die habsburgischen Herren Bund über den der Landwirthe keinen Gedanken, denn nur in der Noth zeigt sich der wahre Bund.

## Parlamentarisch.

\* Auf seine Berechnung, welche die „Centrums“-Korrespondenz“ mit der konservativen Partei ge-

halten hat, weiß die „Kreuzzeitung“ nichts anderes zu erwidern als: „über die Ungleichheit der Verhältnisse zu setzen. Es soll sicherlich auf das Centrum großen Einfluß machen, wenn das Zentrumblatt besagt, daß sowohl für das nationale, wie für das kirchliche Leben das Ansehen unserer Großstädte schädlich sei. In Berlin leben wir, wie der pommerische und polnische Arbeiter, der hier zugeht, in wackeligen Mauern oder Fahren total unglücklich wird.“ — Da kann die „Kreuzzeitung“ schwerlich die Ursache sein. Diese unglücklichen Großstädter, Schachspieler, Konventionen usw. kann die „Metropole der Zeitungen“ doch schwerlich als Hauptursachen der modernen Bildung gegen „Orthodoxe und Ultramontane“ aufzuführen sein. Denn, nicht die Bildung ist der Feind des glänzenden Centralismus, sondern die „Großstadtlichkeit“. Mit dieser gewaltigen Beweisführung sucht das Zentrumblatt dem Centrum klar zu machen, daß es sich nicht gegen das Zentrum und Agrarierthum wenden dürfe. Das Centrum kam nach Ansicht der „Kreuzzeitung“ nichts Besseres ihm, als einzutreten für das noch am positiven Christenthum hangende platt Land und zu kämpfen gegen den „Zug in die Großstadt“.

\* Die Sozialdemokraten schütteln jetzt den besonnenen Regierungskommissioner A. D. Keller von ihren Anschuldigungen ab. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, mit der Keller seit Jahren in Felleide liegt, plaudert über ihn recht erbauliche Dinge aus. Keller tauchte Anfang der achtziger Jahre in der Welt der Gewerkschaften auf, nachdem er von der Regierung aus einer „Kontrollstelle“ entlassen worden war, weil er sich mehrere Verordnungen hatte zu Schulden kommen lassen. Mit Jubel wurde der neue Mann besonders von den sozialdemokratischen Bauarbeitern begrüßt; die Parteileitung nahm sich des Genossen nach seiner Ausweisung aus Berlin auf Grund des Sozialistengesetzes besonders warm an. Lange Zeit hindurch figurirte der Herr Regierungskommissioner hinter dem Namen Keller's, der in den Stand der Referenten erhoben worden war, und erst später beugte man sich dazu, ein bezeichnendes A. D. anzuhängen. Obwohl den Genossen wie der Parteileitung bekannt war, daß es gewisse dunkle Punkte im Leben Keller's gab, von denen doch ein Genosse in der Partei bekannt. Nachdem Keller in Folge seiner Anwesenheit in Berlin nicht mehr offenbar die Zeit für gekommen, ihn überhaupt abzuhalten. In der letzten Nummer des Korrespondenzblattes der General-Kommission wird ihm sein Sündenregister vorgehalten; es wird erzählt, daß er als Sozialist aus Berlin ausgewiesen sei, obwohl er als Fortschrittler anerkannt worden war, weil er sich thätig gewesen sei. „Als charakteristisch wird weiter der Ausspruch des Staatsministers v. Bülow am 2. Juni, der in der Beratung des Sozialistengesetzes über Keller, ohne Widerspruch zu finden, äußerte: „Dieser Mann ist übrigens — das muß doch hier ganz offen gesagt werden — ein durchaus beschränkter Bergarbeiter. Er ist unsinnig vorlaut, ein wenig wegen eines entzehrenden Verordnungs.“ Schließlich wird Keller vorgelesen, daß er heimlich mit der Opposition in der Partei eingeklinkelt habe, um sie nachher, als er als Redacteur des Parteiblattes fungirte, über alle Wachen anzuzerkeln.

Der politische Wännegefangener in Berlin werden von den heutigen Genossen, wenn er Einladungen zum Zeit in deutsche Sprache ergehen ließ. Es soll der Ausschluß dieses Reichs aus dem politischen Sängerbund beantragt werden. Schredlich!

## Parlamentarisch.

Gotha, 5. Aug. Der Landtag wurde heute nach Annahme des Etats und des Steuergesetzes vertagt.

## Socialianlagenlegenheiten.

\* Die Eisenbahn in Südwest-Afrika mit Eisenbetrieb soll, wie schon früher erwähnt, unmittelbar in Angriff genommen werden. Demnach werden Schienen und anderes Material zu diesem Zweck nach Südwest-Afrika gelandt, um den Anfang zu machen. Der nachfolgende Bau des Eisenbahnsystems wird ungefähr einen Jahre, etwa 10 km Schienen, auf denen der neuen Dampfzüge des Verrücktenlandes Troost die Sachen über das Nistengebiet hindurch schaffen. Am soll weiter gehen werden, wie es scheint, mit bereits Mitteln. Soll die ganze Linie von Swakopmund bis Windhoek, etwas über 300 km, hergestellt werden, so würde man sich denken, daß die Schienen, als bisher angenommen, notwendig haben, nämlich zwischen 3-4 Millionen Mark, da das Kilometer bei den am weitesten günstigen Bodenverhältnissen auf 10,000 M. berechnet wird. Für diese Summe will man den Reichstag heranziehen. Da sich 450 Mannstücker von der Regierung angekauft und nach dem südwestafrikanischen Schutzgebiete gebracht worden sind, so könnte auch der Betrieb ohne weiteres beginnen.

## Anstand.

### Der Anstand auf den Philippinen.

Auf den Philippinen steht es durchaus nicht so gut um die spanische Herrschaft, wie offiziell glauben zu machen versucht wird. Zwar sind die großen Kräfte der Majoritäten vorzuziehen, aber dafür wieder allerorten ein gefährliches Gurren der kleinen Spanner, manches Opfer kostet. Eine ansehnliche Schilderung der Lage entwirft der maritimen Korrespondent der „Allg. Ztg.“ wie folgt:

Das letzte amtliche Telegramm aus Manila meldet, daß verschiedene Kämpfe mit Arabid, die in den weiten auf beschleunigten Orten und Fortschritten suchten, stattgefunden hätten. Der Feind sei stets zurückgeworfen und bis ins Innere des Waldgebietes von Ebal verfolgt worden. Anstande sende die nicht mit Waffen versehenen Mannschaften nach dem Anstande zu, wie noch 1000 Mann bei Ebal. Mehrere Borden suchten die Verbindungen mit der Spanner, anstatt zu erhalten, seien aber mit einem Verluste von 100 Todten und 20 Verwunden zurückgeschlagen. In den übrigen Theilen des Reichs herrsche vollständige Ruhe. Wenn einige spanische Militär behaupten, daß Brimo de Rivera die Autorität verheißt, so ist das ein Verhören. Ebenfalls geht doch viel aus dieser Mitteilung hervor, daß der Anstand noch nicht völlig niedergelagert ist, daß sich Anstande noch mit mindestens 1000 Bewohnern nöthigst von Manila hält und wahrscheinlich auch noch Beziehungen zu den jüdischen Weiräten hat. Die jüdischen Nachrichten scheiden indes die Lage in noch weit schlimmeren Licht. Es ist nur schwer, zu sagen,





